**Deutscher Bundestag**
**7. Wahlperiode**

**Drucksache 7/5369**

11. 06. 76

Sachgebiet 2125

# Bericht und Antrag

## des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit (13. Ausschuß)

**zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Richtlinie (EWG) des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Etikettierung und Aufmachung von für den Endverbraucher bestimmten Lebensmitteln sowie die Werbung hierfür**
**— Drucksache 7/5077 —**

### A. Problem

Die Unterschiede, die gegenwärtig zwischen den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Etikettierung von Lebensmitteln bestehen, behindern den freien Verkehr mit diesen Erzeugnissen und können eine ungleiche Wettbewerbslage hervorrufen.

### B. Lösung

Mit dieser Richtlinie sollen die allgemeinen und horizontalen Gemeinschaftsregeln für alle Lebensmittel festgesetzt werden, die in den Handel gebracht werden. Die spezifischen und vertikalen Regeln, die nur bestimmte Lebensmittel betreffen, müssen dagegen im Rahmen der Bestimmungen für diese Erzeugnisse festgelegt werden.

**Einmütigkeit im Ausschuß**

### C. Alternativen

keine

### D. Kosten

keine

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

## A. Bericht des Abgeordneten Dr. Hammans

Der Richtlinienvorschlag ist mit Schreiben der Frau Präsidentin vom 7. Mai 1976 an den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit überwiesen worden.

Der Ausschuß hat den Vorschlag in seiner Sitzung am 9. Juni 1976 beraten. Er wendet sich nicht gegen eine erweiterte Etikettierung bei Lebensmitteln, wenn zum Beispiel alle Inhaltsstoffe aufgeführt werden sollen. Er fordert allerdings mit Nachdruck, daß bei Verwendung von genehmigten Zusatzstoffen diese gesondert und deutlich abgesetzt aufgeführt werden müssen.

Namens des Ausschusses bitte ich das Hohe Haus, den vom Ausschuß einstimmig beschlossenen Antrag anzunehmen.

Bonn, den 10. Juni 1976

**Dr. Hammans**

Berichterstatter

## B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Richtlinienvorschlag — Drucksache 7/5077 — zur Kenntnis zu nehmen;
2. die Bundesregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß bei Verwendung von genehmigten Zusatzstoffen diese gesondert und deutlich abgesetzt aufgeführt werden müssen.

Bonn, den 10. Juni 1976

**Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit**

| **Hauck** | **Dr. Hammans** |
|---|---|
| Vorsitzender | Berichterstatter |